

„Die Eröffnung des Wahlkampfes“

Hinausgehen und mit Vereinen, Verbänden und Gewerbetreibenden sprechen, die IGS soll eventuell eine Oberstufe erhalten, ein Stadtfest soll es wieder geben, die Stadt soll handlungsfähig bleiben, auch, indem gespart wird, wo es geht, zum Beispiel bei Straßensanierungen – das sind die Schwerpunkte, die die SPD für das Jahr 2010 gesetzt hat (wir berichteten). „Alter Wein in neuen Schläuchen“, nennt Martin Schulze-Elvert, Sprecher der CDU/WGO-Gruppe, mit der SPD in der Großen Koalition, die Punkte – die Gruppe Grüne/WIR, die „eigentliche“ Opposition, begrüßt die meisten Forderungen der Sozialdemokraten.

Obernkirchen. „Dass wir freiwillige Leistungen nicht streichen wollen, darin sind wir uns einig“, sagt Schulze-Elvert in Reaktion zur SPD-Klausurtagung. Das habe die CDU gleich nach der Offenlegung der Haushaltszahlen gesagt. Und natürlich müsse die Stadt handlungsfähig bleiben. „Wenn die freiwilligen Leistungen gestrichen würden, wäre Obernkirchen keine Stadt mehr, sondern eine Siedlung ohne Zentrum und Leben.“ Die Frage, die sich jetzt stelle, laute: „Wo tun wir den Leuten am wenigsten weh?“ Die Eckpunkte, auf die sich die SPD geeinigt habe, bringen die Bergstadt aus Sicht des CDU/WGO-Gruppensprechers nicht weiter: „Die SPD-Forderungen enttäuschen mich, weil nichts Neues dabei ist“, so Schulze-Elvert. Die letzte Innovation sei von der CDU und den Grünen gekommen, ein Beispiel sei die Nutzung der Dächer öffentlicher Gebäude für Fotovoltaikanlagen. Und beim Testverfahren in der Hünenburgstraße sei festgestellt worden, dass die einzige Methode für Obernkirchen, Straßen mit einem Budget in Höhe von 139 000 Euro zu reparieren, sei, die oberste Decke abzufräsen und anschließend eine neue Teerschicht aufzubringen. „Aber das haben wir doch schon auf der letzten ASU-Sitzung diskutiert“, so Schulze-Elvert. Auch die Idee, vermehrt Gespräche mit Verbänden und Vereinen zu suchen, hält der Fraktionssprecher für nichts Neues: „Das ist bereits Tagesgeschäft. Dafür haben wir schließlich eine Stadtkoordinatorin eingestellt!“ Für Schulze-Elvert ist klar: „Für mich ist das die Eröffnung des Wahlkampfes.“ Die CDU werde am 9. Januar ihre Klausurtagung abhalten. Weniger hart ins Gericht geht Thomas Stübke (Grüne/WIR) mit den Eckpunkten der SPD-Klausurtagung: Die Vorschläge zur IGS und vermehrten Gesprächen mit Gewerbetreibenden, Vereinen und Verbänden seien „begrüßenswert“, zum Thema Straßensanierungen schlagen die Grünen vor, sich eher darauf zu konzentrieren, eine Lösung für die Straßen zu finden, die grundsaniert werden müssten, Beispiel Höheweg. Die Schwerpunkte der Gruppe Grüne/WIR für das neue Jahr liegen an anderen Stellen, so Stübke in einer Pressemitteilung. Beispiel ist das Projekt Klinikum Schaumburg – hier wollen die Grünen die Anbindung mit dem Öffentlichen Personennahverkehr an Bückeburg, Stadthagen, Rinteln und Obernkirchen, die Berücksichtigung des Natur- und Umweltschutzes sowie die Anbindung über Fuß- und Radwege „kritisch begleiten“. Weiterer Schwerpunkt soll die Obernkirchener Fußgängerzone sein, ihre Attraktivität soll durch seniorengerechte Wegeverbindungen, geförderte Altbausaniierungen und höhere Aufenthaltsqualität gesteigert werden. Auch ein „Tourismusplan“ soll entwickelt werden, der auf das Weserbergland, Hannover und Ostwestfalen-Lippe ausgerichtet sein soll und der außerdem die Dinosaurierfahrten, das Stift und das Sonnenbrinkbad mit einbezieht. Außerdem sollen die „Radwegelücken“ geschlossen, der Plan für einen Wohnmobilstellplatz und für den weiteren Bestand der Rinteln-Stadthagener Eisenbahn weiterverfolgt werden. Ein anderer Bereich, um den sich die Grünen in diesem Jahr kümmern wollen, ist der Energieverbrauch in den städtischen Liegenschaften: Hier wollen die Grünen ein „Zukunftsprogramm“ für die Energieversorgung entwickeln, die Sanierung kommunaler Gebäude und Konzepte zum Einsparen von Energie vorantreiben. Eine verbesserte Kinderbetreuung und die Vorbereitung auf die Folgen der demografischen Entwicklung in der Stadt sind weitere Ziele – um die zu erreichen, solle der Kontakt „zu den Betroffenen und Bürgerinnen und Bürgern“ verstärkt werden. mld